# Vin Fin the Film Film Film Film Film Film Empörung über «Shutdown» an Schulen

Luzern provoziert mit Sparmassnahmen im Bildungsbereich nationale Schüler- und Lehrerverbände

Die Luzerner Regierung will aus Spargründen in Gymnasien und Berufsschulen Zwangsferien anordnen. Lehrer und Schüler wollen auf die Barrikaden gehen und den Kantonsrat dazu bringen, die Massnahme abzulehnen.

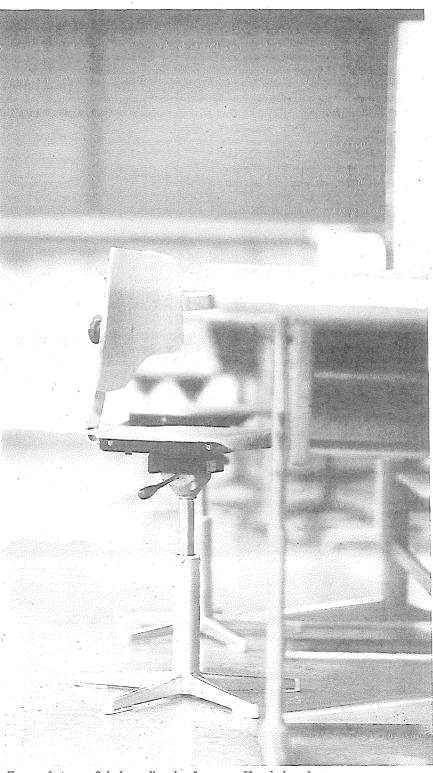
### Erich Aschwanden, Luzern

Wenn der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann ausloten wollte, wo die Grenzen des Sparens liegen, hat er einen Volltreffer gelandet. Seit der parteilose Regierungsrat verkündet hat, dass in den nächsten beiden Jahren die Berufsfachschulen und Gymnasien je eine Woche geschlossen bleiben sollen, gehen die Wogen der Empörung hoch. Gisela Meyer Stüssi, Vizepräsidentin des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und -lehrer (VSG), glaubte erst an einen Scherz. Seitdem sie weiss, dass es die Luzerner Regierung durchaus ernst meint, liegt für sie «Seldwyla in der Innerschweiz».

### Schwache Schüler leiden

Konkret soll die aussergewöhnliche Massnahme so umgesetzt werden, dass die Gymnasiasten nach den Herbstferien 2014 und 2015 jeweils eine Woche Zwangsferien verordnet erhalten. Berufsschüler sollen in dieser Zeit nicht unterrichtet werden und stattdessen ihren Lehrbetrieben zur Verfügung stehen. Für den Kanton Luzern ergibt sich dadurch ein Sparpotenzial von 8,16 Millionen Franken, weil die Lehrer in dieser schulfreien Zeit ihre angehäuften Überstunden abbauen.

Auf völliges Unverständnis stösst diese Sparidee bei der Union der Schülerorganisationen Schweiz/Liechtenstein, wie das Vorstandsmitglied Gisèle Truong erklärt: «Im Kanton Luzern wird das Bedürfnis nach einer kurzfristig guten Steuerlage den Forderungen nach nachhaltiger Bildung vorangestellt.» Die Verkürzung der Schulzeit verstärke den Druck während der übrigen Schulwochen. Vor allem für schwächere Schüler schaffe dies Probleme. In



Zwangsferien an Schulen sollen den Luzerner Haushalt entlasten.

die gleiche Kerbe schlägt Meyer Stüssi. Sie sieht in den Schülerinnen und Schülern die wahren Leidtragenden, da sie daran gehindert würden, in der Schule das notwendige Wissen zu erwerben, das sie für den Beruf oder die weiterführenden Ausbildungsgänge benötigten. «Die Sparmassnahmen im Bildungswesen nehmen langsam die Formen eines Shutdowns an, wie er in den USA bei Nationalparks, Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen erfolgte», kritisiert die Vizepräsidentin des Gymnasiallehrer-Verbandes.

## Öffentlichkeit aufrütteln

Noch sind die Schulschliessungen nicht in Stein gemeisselt, müssen sie doch vom Luzerner Kantonsrat in der Dezembersession gutgeheissen werden. Remo Herbst, Präsident des Verbands Luzerner Mittelschullehrerinnen und -lehrer, setzt auf starken Widerstand aus der Bevölkerung. Man werde Parlamentarier und Öffentlichkeit offensiv informieren über die negativen Folgen, welche die

immer drastischeren Schritte für Schüler, Eltern und Lehrer hätten. Mit der Unterstützung des nationalen Verbandes kann Herbst rechnen. «Falls diese Massnahme wirklich durchgeführt wird, müssten die Leitung und die Verwaltung des Kantons auch auf einen ebenso grossen Anteil ihres Gehaltes verzichten bzw. in unbezahlte Ferien geschickt werden», fordert Meyer Stüssi. Lehrerinnen und Lehrer sollen nicht die einzigen Opfer sein.

Interessant wird sein, wie stark sich Schülerinnen und Schüler für die politische Diskussion engagieren. Bereits vor einem Jahr bereiteten rund 1500 Schüler den Luzerner Kantonsräten vor der Budgetdebatte einen unfreundlichen Empfang. Mit Trillerpfeifen, Musik aus grossen Lautsprechern und Sprechchören versuchten sie Abstriche im Bildungswesen zu verhindern. Im Dezember 2012 waren diese Proteste noch vergeblich, doch angesichts des schweizweiten Echos, welches die neuen Pläne der Regierung auslösen, könnte dies 2013 anders aussehen.

Meinung & Debatte, Seite 23

# In schlechten Zeiten wachsen die Schulklassen

dgy. Es gibt verschiedene Wege, um im Bildungsbereich mit kleineren Korrekturen Millionenbeträge einzusparen. Ein beliebter Puffer ist die Grösse der Schulklassen. In Bern, wo übernächste Woche die Sparmassnahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung behandelt werden, sorgt die Erhöhung der durchschnittlichen Grösse von 19,2 auf 19,7 Kinder pro Klasse an der Volksschule für Aufregung. Im Kanton Bern könnten so 120 Klassen insgesamt geschlossen und 300 Stellen abgebaut werden. Damit können 4,5 Millionen Franken gespart werden.

Die Massnahme ist ein Vorschlag der parlamentarischen Finanzkommission. die auf diese Weise verhindern will, dass bei Behinderten und Alten gespart werden muss. Auch im Kanton Aargau soll im Rahmen des Sparpaketes, das der Regierungsrat Ende August vorlegte, an der Klassengrösse geschraubt werden: Fast zwei Millionen Franken könnten gespart werden, wenn die Mindestgrös-

der angehoben würde. In beiden Kantonen ist die Kritik von Lehrern und Vertretern aus dem Bildungsbereich erheblich. Klassengrössen sind in der Bildungspolitik ein Dauerbrenner: Schon auf kleine Veränderungen reagiert die Öffentlichkeit empfindlich.

Die Anhebung der Klassengrössen ist kein Novum: Stets wenn gespart werden muss, geraten die Schulklassen ins Visier. Im Kanton Basel-Landschaft kam es deswegen vor einem Jahr gar zu einer Volksinitiative, auf die die Regierung mit einem Gegenvorschlag reagieren musste. Dabei ist umstritten, wie stark die Qualität der Bildung leidet, wenn ein oder zwei Schüler zusätzlich in die Klasse kommen. Doch der angepeilte Durchschnittswert kann oft nicht sinnvoll flächendeckend umgesetzt werden. In der Folge müssen in ländlichen Gebieten ganze Klassen verlegt oder aufgehoben werden, was zu längeren Schulwegen führt. Oder in den Städten kommt es zu besonders vielen sen an Primarschulen von 12 auf 15 Kin- Klassen mit hohen Schülerzahlen.

New Friche hing, 7. 11. 2013

# Nicht die Schüler bestrafen, sondern die Lehrer verknurren

Die eigene Steuerstrategie setzt den Kanton Luzern unter Druck. Schulschliessungen müssen aber, auch als vorübergehende Massnahme, tabu bleiben. Von Michael Schoenenberger

Der Kanton Luzern betreibt eine offensive Steuerpolitik. Mit der deutlichen Herabsetzung der Steuerbelastung für juristische Personen versucht er, seine Standortattraktivität für Unternehmungen aus dem In- und Ausland zu erhöhen. Nichts daran ist verwerflich. Im Gegenteil: Unter den entscheidenden Faktoren, welche die herausragende Wettbewerbsposition der Schweiz erklären, ist der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen an vorderster Stelle zu nennen. Er wirkt naturgemäss nicht nur mässigend auf die Steuerbelastung – was allen zugutekommt –, sondern zwingt die Gliedstaaten auch zum haushälterischen Umgang mit den Mitteln. Daran sollte man nicht rütteln.

Der Luzerner Finanzdirektor sieht sich mit seiner mutigen Strategie auf Kurs. Die Steuereinnahmen von juristischen Personen sanken im Kanton zwar von 133 Millionen Franken (2011) auf 94 Millionen (2012). Doch für 2013 budgetiert er mit 116 Millionen – und er ist zuversichtlich, dass dereinst ein insgesamt höheres Steueraufkommen resultiert. Bevor die fetten Jahre allerdings wieder kommen (sollen), muss die Regierung sparen. Sie schlägt vorübergehende Mehreinnahmen vor und schaut, in welchen Bereichen sie weniger ausgeben kann.

# Kontraproduktive Idee

Übernommen wurde nun eine Idee aus dem Kanton St. Gallen: Einzelne Schulen werden für eine gewisse Zeit geschlossen. Im Fall Luzern trifft es Gymnasien und Berufsschulen. Sie schliessen, so das Parlament dem Vorschlag zustimmt, 2014 und 2015 für je eine Woche. Die Luzerner Regierung ist der Ansicht, dies sei ein verträglicher Beitrag der Schüler und der Lehrpersonen zur eingeschlagenen Steuerstrategie, zumal es bei Letzteren um den Abbau von angehäufter Überzeit geht. Alle sollen ihren Beitrag leisten, will der Standort Luzern so gut dastehen wie der Nachbarkanton Zug. Doch die Massnahme im Schulbereich setzt nicht den richtigen Schwerpunkt, und sie ist politisch unklug.

t-

ti-

ie

n-

гу

ıi-

Zum Politischen: Mit der angepeilten Schulschliessung spielt die Regierung all jenen in die Hände, die den Steuerwettbewerb als ruinös bezeichnen. Wenn sogar Schulen – temporär – ihre Tore schliessen, dann, sagen diese Stimmen nicht ganz unberechtigterweise, kann etwas an der Strategie nicht stimmen. Bürgerinnen und Bürger bezahlen Steuern, und sie haben ein Anrecht darauf, dass

der Staat im Gegenzug die grundlegenden Leistungen erbringt. Dazu zählen in der Schweiz, so wie das Bildungswesen jetzt organisiert ist, sicherlich die obligatorische Grundschule und berufliche wie allgemeinbildende Schulen auf der Sekundarstufe II. Schulschliessungen werden im politischen Diskurs die verfolgte Steuerstrategie arg unter Druck setzen – was die geharnischten Reaktionen aus linken und gewerkschaftlichen Kreisen schon jetzt zeigen.

#### Der Staat wächst

Das Grundübel liegt aber nicht im Steuerwettbewerb, sondern anderswo. Denn was für so viele wohlstandsgenährte westeuropäische Staaten gilt, trifft im Kleinen auch auf den Zentralschweizer Kanton zu: Die Staatsausgaben sind stetig angewachsen, und sie wachsen weiter. Das Ausgabenwachstum war, wie der Luzerner Finanzdirektor auch zugibt, gemessen am Wirtschaftsaufkommen zu hoch. Hier setzt er richtigerweise auch an und verfolgt die Absicht, 2014 das Ausgabenwachstum auf 0,7 Prozent zu drosseln. De facto jedoch wird immer noch mehr ausgegeben als in der Vorperiode – was all jene, die gerne vom «Totsparen des Staates» sprechen, leichtfertig beiseiteschieben.

Doch zurück zu den Schulen. «Zwangsferien» sind wenig nachhaltig. Auch wenn die Lehrpersonen Überzeit auf diesem Wege abbauen und der Kanton rund 8 Millionen Franken weniger ausgibt, wird künftig wieder Überzeit anfallen. Das Problem wäre grundsätzlicher anzugehen. Es ginge darum, Strukturen zu ändern. Doch es ist eine Binsenweisheit: Staatswesen bekunden grösste Mühe, strukturelle Korrekturen vorzunehmen. Bei den Berufsund Gymnasiallehrern würde das zum Beispiel bedeuten, dass ihr Pflichtpensum erhöht werden müsste. Im Kanton Luzern liegt dasjenige der Gymnasiallehrer derzeit - eine Vollzeitanstellung vorausgesetzt - bei 23 Lektionen. In 38 Schulwochen kommen so jährlich 874 Lektionen zusammen. Es gibt Kantone, die eine wesentlich höhere Unterrichtsverpflichtung kennen.

Mit Schulschliessungen werden die Schülerinnen und Schüler bestraft – also letztlich die Bildung an sich. Das ist bequem, weil die Jugendlichen das schwächste Glied in der Kette sind. Will der Staat die Aufgaben aber nachhaltig lösen, muss er dorthin gehen, wo es wirklich unangenehm wird. In diesem Fall würde es den Lehrkörper betreffen.